

Neue Zürcher Zeitung

© [Neue Zürcher Zeitung](#), Mittwoch, 22. Juli 2009

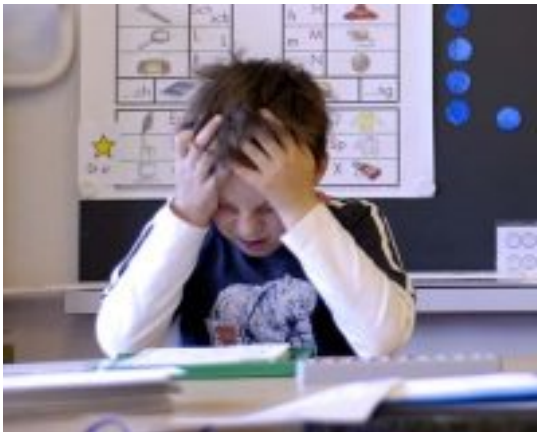
Nur noch Sprachpuristen leisten Widerstand

Die „Akte Rechtschreibreform“ wird an den Schulen fürs Erste geschlossen

Ab August werden in Schulaufsätzen Verstösse gegen alle neuen Schreibregeln geahndet. Lehrer und Schulbehörden rechnen nach elf Jahren Erfahrung mit dem neuen Regelwerk mit keinerlei Problemen. Der Schlusspunkt unter die Rechtschreibreform sei eine Marginalie, im SMS-Zeitalter gebe es weit gravierendere Probleme im Schreibunterricht.

Von Walter Hagenbüchle

Am Bundesfeiertag tritt nach Ablauf einer dreijährigen Übergangsfrist bei der neuen Rechtschreibung an den Schulen der notenrelevante Ernstfall in Kraft. Lehrpersonen sind ab dann angehalten, definitiv den Rotstift anzusetzen, wenn Schüler nicht die seit August 2006 teilrevidierten Orthographie- und Interpunktionsregeln anwenden. Damit wird auch in der Schweiz ein Schlusspunkt



Zum Haareraufen: Die neue Rechtschreibung.
(Bild: NZZ)

unter eine von weiten Kreisen als wenig befriedigend empfundene Rechtschreibreform gesetzt, die Mitte der neunziger Jahre von Sprachwissenschaftlern und den Kultusministern der deutschsprachigen Staaten angestossen worden war. Ziel der Anpassungen waren eine verstärkt der Sprachlogik gehorchende Schreibweise und eine sinngemässere Interpunktion. Was in hehrer Absicht geschah, geriet durch die Einmischung zu vieler Experten und Politiker indes bald zu einem inkongruenten Flickwerk, das wenig Freude machte. Offenkundig aber schien im Zeitalter elektronischer Formen sprachlich verkürzter Kommunikation via E-Mail, SMS und Internet-Chat eine breite Öffentlichkeit weder Lust noch Zeit für eine engagierte Reflexion über die eigene schriftliche Sprachkultur zu haben. So nahm

das Regelwerk in Österreich, Deutschland, Liechtenstein und der Schweiz praktisch ungehindert alle Hürden und wurde ab Juli 1999 umgesetzt.

Alleingang der grossen Verlage

Die inhaltlich doch eher unbefriedigende Situation veranlasste in der Folge zahlreiche grosse Verlagshäuser der deutschsprachigen Länder, für ihre Produkte eigene Sprachregelungen zu etablieren, die bei Varianten weit stärker die herkömmlichen Formen berücksichtigten. Auch die NZZ schuf ihre eigenen Schreibregeln, die in einem käuflichen Leitfaden festgelegt sind (auf www.nzz-libro.ch gehen und nach „Vademecum“ suchen). Auf dem wissenschaftlichen Parkett machte man sich derweil bereits wieder an die Reform der Reform. Man versuchte Ungereimtheiten auszubessern – und schuf dabei leider auch neue. Just zu diesem Zeitpunkt wäre es wohl angesichts der allgemeinen Verunsicherung angebracht gewesen, ein Moratorium über die „Akte Rechtschreibreform“ zu verhängen. Der Termin aber wurde verpasst. Faktisch zum Handeln gezwungen waren während der ganzen Reformperiode vor allem die Schulen. Dies auch hierzulande, nachdem die Konferenz der Erziehungsdirektoren (EDK) im Auftrag des Bundesrats die Erlasse offiziell hatte umsetzen lassen. Es ging bei diesem Nachvollzug zwischenstaatlicher Beschlüsse nicht zuletzt auch um die Investitionssicherheit der Schulbuchverlage.

Droht die grosse Einspracheflut?

Die nun bald zementierte Verbindlichkeit für die neuen Regeln an den Schulen ist denn letztlich nur noch ein marginaler Vollzugsakt nach immerhin bereits elf Jahren Unterrichtspraxis mit der neuen Rechtschreibung in allen vier deutschsprachigen Ländern. EDK-Generalsekretär Hans Ambühl gibt zu Protokoll, die neue Rechtschreibung sei an den Schulen bestens eingeführt, die grosse Mehrheit der neuen Regeln überdies bereits schon seit vier Jahren notenrelevant. Nun laufe lediglich noch für wenige nachträglich eingeführte Anpassungen die Korrekturtoleranz ab. Zudem lägen beim EDK-Generalsekretariat keinerlei negative Rückmeldungen vor – weder aus den Kantonen noch von Lehrerorganisationen und Fachwissenschaftlern.

Weit weniger gelassen stehen der „Deadline“ vom 1. August die helvetischen Gegner dieser Reform gegenüber, die sich in der Schweizer Orthographischen Konferenz (SOK) privat organisiert haben. Für sie ist nun quasi die letzte Chance zum Übungsabbruch gekommen. Deshalb forderten sie Anfang Juni in einer Resolution Bund und Kantone auf, für Schule und Verwaltung ein Moratorium der Vollzugsregeln zu erlassen und die alten Schreibweisen wieder anzuerkennen. Das amtliche Regelwerk von 2006 und die vorhandenen Lehrmittel seien widersprüchlich und mit Fehlern behaftet, argumentierten sie, es sei der Neuanfang zu wagen. Ohne Moratorium müsse wegen der bestehenden Unsicherheiten zudem bei Prüfungen mit einer Einspracheflut bis hin vor die Gerichte gerechnet werden.

Genau damit aber rechnet Beat W. Zemp, Präsident des Verbandes Lehrerinnen und Lehrer Schweiz (LCH), absolut nicht. Die Erfahrungen mit der Einführung der neuen Rechtschreibung und dem Ende der Korrekturtoleranz in Deutschland (1. 7. 2007) und Österreich (1. 7. 2008) hätten keinerlei Häufung von Rekursfällen gezeigt. Wichtig ist für Zemp aber, dass die Schulen bei rekursrelevanten Prüfungssituationen – vorab bei Abschluss- oder Übertrittsprüfungen – jeweils das korrekte Referenzdokument – im Regelfall die neueste Ausgabe des Schülerdudens – angeben. Einige Schulen seien sogar dazu übergegangen, die korrekte Ausgabe des Schülerdudens für die Prüfung gleich mitzuliefern. Auch Hans Ambühl von der EDK bestätigt, Erkundigungen bei den zuständigen Stellen in Deutschland und Österreich hätten keinerlei Hinweise auf die von der SOK für die Schweiz befürchteten Rekursfälle ergeben. Und zum von der SOK geforderten Moratorium bemerkt Ambühl, dass der Bund ein solches allenfalls für die Bundesverwaltung, nicht aber für die in kantonaler Aufsicht stehenden Schulen verhängen könne.

Rat für Rechtschreibung ist Richter

Und falls doch, wer wäre denn überhaupt für die „Reform der Reform der Rechtschreibreform“ zuständig? Es gelte hier, wie bei allen schulischen Inhalten, dass diese weder von der Politik noch von der Verwaltung festgelegt werde, sagt Ambühl. „Das machen die, die das können. Im Falle der Rechtschreibung wäre dies der Rat für deutsche Rechtschreibung als zuständiges Fachgremium mit Vertretungen aus allen betroffenen Ländern.“ Keinesfalls, so Ambühl, wäre aber ein Alleingang der Schweiz sinnvoll. Auch LCH-Präsident Zemp betont, man werde die Moratoriumsforderung nicht unterstützen, der Entscheid sei nach einem Treffen mit einer SOK-Delegation gefallen. Ein Alleingang der Schweiz ergebe schlicht keinen Sinn, und bildungspolitisch gesehen sei eine erneute Rechtschreibreform zurzeit chancenlos. Der LCH habe 2006 nach dem unerwartet schnellen Einführungsentscheid durch den Rat für deutsche Rechtschreibung die Unterstützung von drei Faktoren abhängig gemacht: der Schaffung eines Referenzdokuments, einer didaktischen Umsetzungshilfe und der Verlängerung der Korrekturtoleranz um drei Jahre. Die EDK habe diese Bedingungen akzeptiert und umgesetzt, nun stehe die Lehrerschaft zur Abmachung. Man sei froh, dass nun Ruhe wenigstens an dieser Reform-Front eingekehrt sei. Niemand möge schon wieder eine Änderung, auch wenn die „Reform der Reform“ nicht in allen Teilen geglückt sei.